

Griff ins Portemonnaie der Steuerzahler

Rot-Schwarz beschließt Erhöhung von Grundsteuern und Gewerbesteuer – Hundesteuer bleibt unberührt

BREMERHAVEN. Nun also doch: Die rot-schwarze Koalition erhöht die Steuern. SPD und CDU einigten sich auf die Erhöhung der Grundsteuern und der Gewerbesteuer. Die Hundesteuer bleibt unangetastet. Klar ist aber, dass weitere Einsparungen folgen müssen, um die Haushaltslöcher stopfen zu können. Ein erster Schritt ist die Haushaltssperre.

Bei den Steuererhöhungen orientieren sich die Koalitionäre an den Sätzen der Stadt Bremen. Der Senat hatte hier bereits im Sommer die Erhöhung von Grundsteuer B und Hundesteuer durchgesetzt. Da Bremerhaven dringend auf die Hilfe des Senats angewiesen ist, war klar, dass der Magistrat diese Kröte schlucken muss. SPD-Fraktionschef Sönke Allers: „Wir wollen in Bremen deutlich machen, dass wir uns nicht drücken.“ „Wir erreichen damit Gleichheit zwischen den Schwesterstädten“, sagt auch CDU-Fraktionschef Thorsten Raschen.

Nun werden in Bremerhaven die Abgaben erhöht:



Die Grundsteuern werden jetzt auch in Bremerhaven angezogen. Das dürfte sich auch auf die Mieten auswirken.

Foto Büttner

▷ die **Gewerbesteuer** von 435 auf 460 Prozent,

▷ die **Grundsteuer A** von 220 auf 250 Prozent,

▷ die **Grundsteuer B** von 530 auf 645 Prozent.

Die **Hundesteuer** bleibt, wie sie ist. Allerdings soll der Magistrat dafür sorgen, dass auch wirklich

jeder Hundehalter zur Kasse gebeten wird.

Die Steuererhöhungen sollen Einnahmen in Höhe von 8 Millionen Euro bringen. Das wird nicht reichen, um das Haushaltsdefizit in den kommenden zwei Jahren auszugleichen, das zwischen 30 und 35 Millionen Euro liegen wird. „Mit der Steuererhöhung ist die Arbeit nicht getan“,

sagt Allers. Er erwartet jetzt Sparvorschläge der Dezernate. Viel wird aber von den Verhandlungen mit dem Senat abhängen: In welchem Maße ist das Land bereit, Bremerhaven finanziell unter die Arme zu greifen?

Dass die Koalition mit den Steuererhöhungen keinen Applaus ernten wird, ist Allers klar. Die Grundsteuer B belastet die Hauseigentümer, die ihrerseits die Lasten an die Mieter weitergeben können. Die Gewerbesteuererhöhung wird auf die Kritik der Wirtschaft stoßen. Bereits vor zwei Jahren gab es einen Aufschlag, sehr zum Unmut der Industrie- und Handelskammer. Allers verweist darauf, dass Bremerhaven weiterhin unter den Hebesätzen von Wilhelmshaven liege. Mit dieser Stadt müsse sich die Stadt vergleichen.

Mit der Haushaltssperre passt sich Bremerhaven ebenfalls an. Auf Landesebene gibt es sie bereits seit dem Sommer. Bei einer Sperre werden nur noch Ausgaben bezahlt, zu der die Stadt gesetzlich verpflichtet ist. (mue)